

Ingar Solty

Krieg gegen einen Integrationsunwilligen? Die politische Ökonomie des libyschen Bürgerkriegs und der westlichen Intervention im Kontext der Krise des globalen Kapitalismus¹

1. Der neue Imperialismus in der Theorie des globalen Kapitalismus

Der Kapitalismus ist ein seltsames Wirtschaftssystem. Nur weil er sich ständig wandelt, kann er so bleiben wie er ist. Der Profitproduktion ist das Problem der permanenten Produktion von Überschusskapital immanent, das profitabel angelegt werden muss, damit es nicht zu Krisen kommt. Daraus ergibt sich der Zwang, permanent zu wachsen, permanent in neue Räume vorzudringen und permanent neue Bereiche inwertzusetzen. Dieser Zwang zur Inwertsetzung und dieser räumliche Aspekt des Kapitalismus ist der Hintergrund, warum der Kapitalismus nicht ohne „Imperialismus“ zu denken ist (Harvey 2005 u. 2010). Dabei ist es die Aufgabe des Staates, die Widersprüche der kapitalistischen Akkumulation zu managen und dabei gleichzeitig legitim zu sein (Poulantzas 2002). In Hegemoniekrissen wie der gegenwärtigen zeigt sich, wie überfordert der Staat mit diesem Balanceakt sein kann. Dann verstärken sich Tendenzen zur Stärkung der Exekutivgewalt und zum autoritären Kapitalismus (Deppe u.a. 2008).

Die temporäre Lösung der kapitalistischen Widersprüche wird in der Kapitalismustheorie häufig als Landnahme bezeichnet. Diese Landnahme kann im Inneren geschehen. So kann sich der Kapitalismus paradoxerweise auch durch den gegen ihn geleisteten Widerstand erneuern, indem gesellschaftliche Kämpfe gegen die Inwertsetzung von Mensch und Natur dazu führen, dass Überschusskapital vom Staat abgeschöpft und teilweise umverteilt wird und dass neue Räume erschlossen werden, die die Umlaufzeit des Kapitals beschleunigen und gleichzeitig eine gewisse binnenwirtschaftliche Orientierung erlauben (Dörre 2009). Dies war im fordistischen Nachkriegskapitalismus der Fall, der eine temporäre und räumlich wie sozial begrenzte Kohärenz zwischen fordistischer Massenproduktion und Massenkonsum schuf (Zeller 2004: 64).

1 Auszüge aus einer früheren Fassung dieses Aufsatzes sind in „konkret“ 5/2011 erschienen.

Die klassische Landnahme erfolgt in einem zum Weltmarkt tendierenden System jedoch jenseits der Grenzen des Nationalstaats. Die letzten 30 Jahre haben diesbezüglich eine dramatische Welle kapitalistischer Landnahme produziert, in der bislang der kapitalistischen Warenproduktion entzogene Räume wie Russland und Osteuropa oder nur wenig kommodifizierte Räume im globalen Süden in den globalisierten Kapitalismus integriert wurden. Das Neue am „neuen Imperialismus“ ist, dass er im Gegensatz zum klassischen auf Formalisierung, d.h. Territorialkontrolle, Abschottung und einseitige Ausplünderung, weitgehend verzichtet. Vielmehr geht es zunächst um die Integration nichtkapitalistischer Räume in den globalen Kapitalismus (Harvey 2005). Die Integration beruht dabei auf drei Formen der imperialistischen Durchdringung: (1.) Die *erwünschte Durchdringung* durch das Kapital qua Handelsabkommen und kohäsionsstiftende ausländische Direktinvestitionen (Panitch/Gindin 2004), (2.) die *ökonomisch erzwungene Durchdringung* durch das Kapital qua Schuldenimperialismus vermittelt IWF und Weltbank (Wood 2003: 130ff.; McNally 2011) und (3.) die *politisch-militärisch erzwungene Durchdringung* durch das Kapital qua militärischer Mittel, der *ultima ratio* des Imperialismus.

Dies alles hat dramatische Folgen, die sich in der Oberflächenstruktur des peripheren und semiperipheren Kapitalismus niedergeschlagen haben: die milliardenfache Proletarisierung und Landflucht von Subsistenzbauern als Folge der „neuen Agrarfrage“ (Amin 2004), die Verwandlung des Marktes als zusätzlicher Geschäftsmöglichkeit in einen disziplinierenden Zwang in Form von Lohnabhängigkeit (Wood 2002, Comninel 2010) und die Entstehung von gigantischen südlichen Megalopolen des Elends (Davis 2006), in denen sich ein Gemisch aus formeller und informeller Lohnarbeit, neuen Formen der Sklaverei und Überschussbevölkerungen ansammelt (Altwater/Mahnkopf 2005). Der Druck dieser Entwicklungen führt dabei zu Prozessen des Staatszerfalls, die oft mit gewaltsam ausgetragenen Konflikten um die Ausbeutung von lokalen Rohstoffvorkommen einhergehen, bei der sich nicht selten Teile der militärisch-repressiven Staatsapparate verselbständigen (Münkler 2002).

Aus diesen Gründen ist jenseits der ökonomischen Durchdringung auch die politische Bearbeitung der Widersprüche dieser Globalisierung kapitalistischer Sozialverhältnisse ein entscheidender Aspekt des neuen Imperialismus. Dies gilt insbesondere dann, wenn diese Widersprüche die (Wirtschafts-)Interessen der entwickelten kapitalistischen Länder und der von diesen aus operierenden, transnationalisierten kapitalistischen Klassen direkt berühren (Panitch/Gindin 2004). Hierzu zählen (1.) die neuen globalen Massenmigrationsbewegungen in Folge von proletarisierter Verelendung und Konflikten (Hobsbawm 2007), die in den entwickelten kapitalistischen Ländern zum Aufstieg von rechtspopulistischen Formationen beitragen, (2.) die politische Instabilität der peripheren (Akkumulations-)

Räume und damit die Bedrohung von getätigten oder geplanten Investitionen und (3.) terroristisch-reaktionäre Formen des Antiimperialismus (Deppe/Salomon/Solty 2011: 117ff.), die als „Bumerang“ (Panitch 2003: 203) auf den neuen Imperialismus zurückschlagen. Kurzum, sowohl die ökonomische Reproduktion des Kapitals in global-räumlicher Perspektive als auch ihre politische Absicherung durch einen internationalisierten Staat (Hirsch 2005) sind Formen des neuen Imperialismus. Vor diesem Hintergrund soll im Folgenden erörtert werden, ob es sich im Fall Libyen um einen neuen Imperialismus handelt und, falls ja, welchen.

2. Libyen und der Imperialismus: Ein typischer Ölstaatsfall?

Dass der Fall Libyen etwas mit Imperialismus zu tun hat, ist eine zunächst naheliegende Schlussfolgerung, da hier dessen letztes Mittel angewandt wird: direkte, militärische Gewalt. Zwischen dem 31. März und dem 5. Mai 2011 fanden in Libyen über 5.000 Luftsätze und 2.000 Luftangriffe der NATO statt. Legitimiert wurden diese durch die Konstruktion eines Luftkriegs Muammar al-Gaddafis gegen die eigene Bevölkerung. Für diesen existieren aber selbst nach dem Dafürhalten von US-Verteidigungsminister Robert Gates, der FAZ und der von der Fraktion Die LINKE befragten Bundesregierung bislang keine Belege (Henken 2011). Zudem scheint es, dass erst der Aufbau einer militärischen Drohkulisse kurz vor der Verabschiedung der UN-Resolution 1973 zur Verschärfung des Bürgerkriegs und ersten Luftschlägen Gaddafis auf von Rebellen eroberte Militäreinrichtungen in innerstädtischen Gebieten sowie der Androhung eines „Haus-zu-Haus“-Kriegs im besetzten Bengasi geführt hat (vgl. die minutiöse Rekonstruktion der Ereignisse in Henken 2011). Mit dieser Politik, darauf haben so unterschiedliche Völkerrechtler wie Norman Paech, Kamil Majchrzak oder Reinhard Merkel (FAZ, 22.3.) hingewiesen, wird das Völkerrecht (als unzureichender aber einziger Rechtsschutz der schwachen vor den starken Staaten) aufgeweicht, indem militärisch in einen Bürgerkrieg innerhalb eines souveränen Staat eingegriffen wird. Dabei hat man sich mit den todbringenden Luftangriffen faktisch zur Luftwaffe der Rebellen gemacht.

Was auch immer die wirklichen Gründe sind, warum der Westen in Libyen Krieg führt, er folgt dabei eigenen Interessen. Das Wohl der Zivilbevölkerung steht dabei an letzter Stelle. Während Gaddafis zweifellos brutale Menschenrechtsvergehen – vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs ließ er auf unbewaffnete Demonstranten schießen – mit psychologischer Kriegsführung zu einer Art libyschem Hufeisenplan aufgebauscht wurden (Luxemburgs Außenminister Asselborn sprach z.B. von einem „Völkermord in höchster Potenz“), schweigt bzw. befördert der Westen die kriegerische Intervention des wohl repressivsten, islamischen Regimes und westlichen Bündnispartners Saudi-Arabien in der Nachbarautokratie Bahrain zur

gemeinsamen Unterdrückung der dortigen Demokratiebewegung. Nicht zufällig ist dabei im ölreichen Bahrain auch die Fünfte Flotte der USA stationiert. Auch im verarmten Jemen geht die brutale Unterdrückung der demokratischen Opposition durch den vom Westen gestützten Diktator Ali Abdullah Saleh weiter. Hier gibt es nicht einmal ein Waffenembargo. Zu Recht kritisiert Kevin Ovenden (2011) bei linken Kriegsbefürwortern ein gespaltenes Bewusstsein, denn sie müssen unterstellen, dass dieselben Akteure, die in Libyen aus reiner Menschenfreundlichkeit intervenieren, am Golf von ganz anderen Motiven geleitet werden.

Inwiefern aber lässt sich Libyen in das oben skizzierte Bild des neuen Imperialismus einordnen? Zunächst einmal gilt für Libyen, den achtgrößten Rohölproduzenten weltweit, was für alle Ölstaaten gilt. Während die ölimportierenden Länder des Südens, zu denen auch Ägypten und Tunesien gehören, durch die Mittel des Schuldenimperialismus zur Marktöffnung und damit zur Preisgabe der ländlichen Bevölkerung und des öffentlichen Sektors gezwungen werden konnten, sind die Machtmittel des Imperialismus gegenüber Ölstaaten begrenzt. Denn sie erwirtschaften i. d. R. Exportüberschüsse und können auf der Grundlage der Öl-Rente ihre Binnenwirtschaft und ihren Umverteilungsstaat im Allgemeinen vor neoliberalen Strukturanpassungsprogrammen von Seiten internationaler Not-Kreditgeber wie dem IWF und der Weltbank schützen (Harvey 2005). Historisch zeigte sich das Erfordernis von direkter Gewalt oder ihrer Androhung bspw. während des Öl-Embargos durch die OPEC-Staaten 1973, die in Großbritannien nachweislich zu Invasionsüberlegungen führten (Harvey 2006, 20f.).

Der Ölstaatstatus gilt auch für Libyen. So betrug noch im Jahr vor Ausbruch der demokratischen Aufstände in Nordafrika und im Mittleren Osten 2010 Libyens Staatsverschuldung nur 11% des BIP. Damit gehörte Libyen zur Gruppe der 15 am wenigsten verschuldeten Länder der Welt, untertroffen bloß durch andere Ölstaaten wie Iran oder Nigeria (zum Vergleich: Deutschland 70,7% [2010]). Auch die Schulden des öffentlichen Haushalts machen Libyen den Zahlen nach zu einem besseren Maastricht-Kandidaten als die krisengeschüttelten Euroländer. Mit 3,30% (2010) weist Libyen die geringste Haushaltsverschuldung aller registrierten 128 Länder auf. Die Grenzen des neuen, informellen Imperialismus, der anders als der klassische Kolonialismus auch ohne Krieg und Besatzung auskommt, gelten also auch für Libyen. Die erste Frage ist also, ob Libyen ähnlich dem Irak ein Fall imperialistischer Politik gegen einen Ölstaat ist, dessen Ziel u.a. die Integration dieses Staats in den Weltmarkt und seine innere Inwertsetzung qua Öffnung für (ausländisches) Kapital ist (vgl. zum Fall Irak näher Harvey 2006, 9ff.).

Diesbezüglich fällt zunächst auf, dass es bei den Staaten des Westens bezüglich des Sinns oder Unsinns eines Krieges große Unsicherheiten gab. Während Frankreich und Großbritannien die Kriegstrommel rührten, lehnten die USA eine

Führungsrolle ab und im UN-Sicherheitsrat enthielt sich neben Russland, China und Brasilien auch Deutschland der Stimme. Zudem wurde insbesondere eine Okkupation qua Bodentruppen von den USA und den meisten Kriegsparteien genauso wie von den Rebellen (bislang) abgelehnt. Zu Recht kommentierte der *Economist*: „Es fällt schwer, sich ein militärisches Unternehmen vorzustellen, dass mit ähnlich vielen Zweifeln und Unsicherheit entwickelt worden wäre.“ (26.3.2011: 13) Angesichts der Tatsache, dass die USA in der Vergangenheit mehrfach libysche Städte bombardiert haben, muss dies verwundern. Bot sich hier nicht eine einzigartige Gelegenheit, ein Land, dem sich mit den Mitteln des Schuldenimperialismus nicht beikommen lässt, mit militärischen Mitteln für die Kapitalakkumulation („Weltmarktintegration“) aufzubrechen und im selben Atemzug die nach der Revolution von 1969 verlorenen Militärbasen wiederzuerlangen? War dies nicht eine hervorragende Gelegenheit für einen Regime Change gegen den „verrückten Hund“ (Ronald Reagan) in Tripolis?

3. Kleine politische Ökonomie Libyens: Vom autoritären „Ölsozialismus“ zum autoritären Neoliberalismus

Um die genaueren Beweggründe der als „Flugverbotszone“ verniedlichten Bombardierung durch den Westen zu verstehen, bedarf es einer Auseinandersetzung mit der politischen Ökonomie Libyens von der Entkolonialisierung bis zur Gegenwart. Kurz nach der Entlassung in die Unabhängigkeit 1951 war Libyen eines der ärmsten Länder der Welt. Sein BIP beruhte auf Handel mit Weltkriegsschrott, Entwicklungshilfe sowie Besteuerung der später von Gaddafi geschlossenen, britischen und US-Militärbasen. Die Armut Libyens stand dabei auch im Zusammenhang mit den widrigen geographischen Bedingungen. 85% der Landesfläche gehören zur Sahara. Da in Libyen kein einziger ständiger Fluss fließt, sind bloß 2% der Fläche agrarisch nutzbar. In der Zeit der Regentschaft von König Idris bestätigten sich jedoch schon von den italienisch-faschistischen Besatzern gehegte Vermutungen, dass es in Libyen Ölvorkommen gebe (Sereni 2011). Die nun einsetzende Förderung erfolgte jedoch im Stil peripherer Kompradorenbourgeoisien (zu diesem Begriff vgl. Poulantzas 1975). König Idris ließ das Öl durch ausländische Konzerne auf den Weltmärkten verscherbeln (Libyen erzielte seinerzeit die weltweit niedrigste Ölrente), häufte durch den Export ein großes Privatvermögen an, während die Bevölkerung vom nationalen Reichtum nichts hatte. Dies war wohl auch der Grund, warum 1969 der Putsch einer Gruppe von Militärs um den jungen Oberst Gaddafi fast ohne Blutvergießen und ohne signifikanten Widerstand erfolgen konnte.

Gemessen an der Situation vor der Revolution war die folgende Zeit durchaus eine Erfolgsgeschichte. Der vom arabischen Nationalismus Nassers inspirierte

Gaddafi zeigte ein besonderes Geschick darin, die ausländischen Ölkonzerne gegeneinander auszuspielen und die Ölproduktion 1974 schließlich ganz zu verstaatlichen (Sereni 2011). Dass er dabei die Ölrente deutlich erhöhen konnte, lag auch an der wachsenden Bedeutung des libyschen Öls in Folge der Schließung des Suezkanals durch Ägypten (van der Pijl 2006: 116). Darauf aufbauend schuf Gaddafi ein „ölsozialistisches“ Projekt zur Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums einerseits und der ökonomischen Unabhängigkeitsentwicklung qua Importsubstitution und Diversifikation der Wirtschaftsstruktur andererseits (Otman/Karlberg 2007). Hinzu kam eine libysche Variante der chinesischen Kulturrevolution, die – mit äußerst gemischten Ergebnissen – die bürokratische Erstarrung des sowjetischen Staatssozialismus durch Formen der „direkten Demokratie“ zu ersetzen suchte. Auch neoliberale Beobachter haben darauf hingewiesen, wenigstens den Anspruch und die (ursprüngliche Form und Funktion) des neuen politischen Systems ernst zu nehmen. So heißt es bei Otman/Karlberg (2007: 16): „In dem Versuch, das libysche mit dem im Westen vorherrschenden, ja selbst mit anderen arabischen Regierungssystemen zu vergleichen, übersehen [die ausländischen Beobachter], dass Libyens politisches System eine einmalige und singuläre Kreation ist, die auch als solche begriffen werden muss.“ Allerdings hielt man insofern am sowjetischen Modell fest, als dass es keine freien Gewerkschaften gab – ein Umstand, der die noch zu behandelnde neoliberale Reformpolitik der 1990er und 2000er Jahre erheblich erleichterte.

Das „ölsozialistische“ Projekt basierte dabei auf einer Landreform (v.a. im Osten des Landes), der Verstaatlichung der Banken und Unternehmen (als Grundlage der Abschaffung der privaten Lohnarbeit), der Deckelung von Vermögen in privaten Bankkonten, Preiskontrollen, der Beschränkung des legalen Immobilieneigentums auf das eigene Haus, der Abschaffung der Mieten, der Förderung sozialen Wohnungsbaus sowie der Entwicklung eines sozialen Netzes bestehend aus kostenloser Gesundheitsversorgung und Bildung sowie einer Alten-, Witwen- und Waisenrente. Die komplementäre Entwicklungsstrategie beruhte auf der wirtschaftlichen Abschottung (Verstaatlichung des Außenhandels und später auch des binnenwirtschaftlichen Einzelhandels, Import-/Exportverbote, hohe Außenhandelszölle) und der Erzielung von Exportüberschüssen, die im Rahmen der zwei Fünfjahrespläne von 1976-1980 und 1981-1985 als Grundlage für ambitionierte Infrastrukturprojekte (im Volumen von 20,6 bzw. 19,0 Mrd. Libysche Dinar) dienen sollten. Zu Letzteren gehörte z.B. das Great-Man-Made-River-Projekt, mit dem eiszeitliche Süßwasservorkommen unter der Sahara angezapft werden sollten, um Libyen von einem agrarimportierenden in ein agrarexportierendes (!) Land zu verwandeln.

Die Ergebnisse dieses Entwicklungsprojekts, das sich von den anderen arabischnationalistischen Projekten der ölfördernden Ländern und womöglich sogar den Öl-Emiraten nur durch den „sozialistischen“ Anspruch unterschied (Crome 2011:

6f. u. 12), waren gemischt: Während die egalitaristische Umverteilung und der Ausbau des Sozialstaats weitgehend erfolgreich waren und Libyen im Hinblick auf die Indizes des *United Nations Human Development Report* (Kindersterblichkeit, Müttersterblichkeit, durchschnittliche Lebenserwartung, Alphabetisierung, Bildungsexpansion, etc.) bis heute an die Spitze Afrikas katapultierten, scheiterte das Projekt der ökonomischen Unabhängigkeit qua Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur. So importiert Libyen bis heute 75% seiner Nahrungsmittel und es beruhen 70% des BIP und 97% aller Exporterlöse (besonders nach Italien und Deutschland) auf der Öl- und Gasproduktion. Nur 1,4% der Wirtschaftsleistung fallen auf das verarbeitende Gewerbe, unter 10% auf (öffentliche) Dienstleistungen.

Das Scheitern der auf gemäßigter Importsubstitution und Ölrenten basierenden Entwicklungsstrategie hat viele Ursachen. Dazu gehört sicherlich auch der „Fluch des Öls“. So weist Elmar Altvater (2006: 159) darauf hin, dass „Öl exportierende Länder nicht wie selbstverständlich in der Lage (sind), den fossilen Reichtum in ökonomischen Wohlstand zu verwandeln (...). Grundsätzlich bedeutet die Konzentration auf den monostrukturellen Export einer Ressource, dass eine regional oder national vernetzte und diversifizierte Wirtschaft nicht ausgebildet werden kann. Die ‘linkages’ zwischen den Produktionsstufen und zwischen Produktion und Konsum, Wirtschaft und Staat bleiben aus.“

Zwar gab es im Fall Libyen keine Verschuldungsprobleme. Jedoch hat der hohe Sozialstandard – hinter den Gaddafi angesichts mehrerer Putschversuche politisch nicht zurückfallen wollte oder durfte – gekoppelt mit den mangelnden Ressourcen für eine Diversifizierungspolitik Libyen zu einer Politik der Verteilung zu Lasten einer Politik der Entwicklung verdammt. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass die Ursachen für das Scheitern des libyschen Entwicklungs-, wenn auch nicht unbedingt Sozialmodells mindestens ebenso sehr in Washington und Moskau zu suchen sind wie in Tripolis. So war dieses Scheitern auch eine Folge globaler Zusammenhänge wie der Krise des Fordismus und der neoliberalen Konterrevolution (Alnasseri 2004: 163ff.). Nachdem die Aufhebung der Dollar-Goldbindung 1971 es den USA erlaubt hatte, die Geldmenge konjunkturpolitisch auszuweiten, reagierte die OPEC noch mit einer einigermaßen erfolgreichen Kartellpolitik, um den Preisverfall des dollardenominierten Öls zu kompensieren (McNally 2011: 32). Die Umstrukturierung des Kapitalismus in Folge des Volcker-Schocks 1979 sorgte dann aber nach einem kurzen „zweiten Ölschock“ zwischen 1980 und 1986 für eine kontinuierliche Talfahrt des Ölpreises. Libyens Öleinnahmen sanken im Verlauf des zweiten Fünfjahresplans von 21 Mrd. auf 6,5 Mrd. US-\$, und Libyen sah sich ab 1987/88 und im Gefolge der Gorbatschowschen Politik zu einer Aufgabe des Entwicklungsprojekts und zu austeritätspolitischen Maßnahmen wie den Stopp wichtiger Importgüter gezwungen. In den 1990er Jahren legte dann die Kombination aus (1.) dem Zusammenbruch des wichtigsten Wirtschaftspartners

Sowjetunion 1991, (2.) den verheerenden ausländischen Wirtschaftssanktionen gegen Libyen (1992-2003), (3.) dem fortgesetzt niedrigen Ölpreis bis 2002/03 sowie (4.) der ideologischen Krise des Sozialismus die Grundlagen für eine *freiwillige* Politik der neoliberalen Integration in den Weltmarkt (Alafi/de Bruijn 2009), d.h. ganz ohne die Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank, die die neoliberale Privatisierungspolitik bspw. in Jordanien in den 1980ern oder Ägypten ab 1991 begleiteten (zum Fall Ägypten vgl. Mitchell 2010).

Bei der gegenwärtigen Intervention kann es sich also nicht um das gewaltsame Aufbrechen eines Ölstaates handeln. Wäre das heutige noch das alte Libyen, in dem die Wasser- und Energieversorgung, die Telekommunikation, das Kredit-system, Transport und Flughäfen der Kapitalakkumulation dauerhaft entzogen waren, und wäre Libyen zudem weiter ein ökonomisches und politisches Gegenmodell mit Ausstrahlungskraft nach Afrika und in den Nahen Osten hinein, das gleichzeitig noch wie in den 1970/80er Jahren nationale Befreiungsbewegungen in aller Welt unterstützt, so wäre ein militärischer Regime Change aus der Perspektive des imperialistischen Westens nachvollziehbar. Die mittelfristige und unter Gaddafi irreversible Integration in den Weltmarkt und in die Weltordnung ist jedoch schon längst erfolgt.

So bekannte Gaddafi 2003: „Genauso wie in der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropa ist das System gescheitert, weil es auf unqualifizierten Arbeitskräften beruhte, die sich nicht um die Interessen ihres Landes scheren. In der Wirtschaft gibt es aber keinen Platz für Gefühle und Nettigkeiten und deshalb bedarf es einer [äußeren] Neubewertung, weil in Libyen niemand was davon versteht.“ (zitiert nach Alafi/de Bruijn 2009: 13) Gaddafis bemerkenswert offen zur Schau getragene sozialpaternalistische Ratlosigkeit deckt sich dabei pikanterweise mit einer Warnung, die der berühmte marxistische Islamforscher Maxime Rodinson (1971: 284f.) schon 1966 an die neuen arabischen Nationalismen richtete, als er schrieb: „Im Gegensatz zur kapitalistischen Option verlangt die sozialistische (...) eine mobilisierende, 'utopische' Ideologie im Wirtschaftsbereich. Die kapitalistische Wirtschaft verbreitet sich allmählich, gleichsam automatisch, wenn die erforderlichen Bedingungen gegeben sind. Ein Individuum nach dem anderen eignet sie sich an, wenn seine Gewinnperspektiven günstig sind und wenn sein Trieb, Nutzen daraus zu ziehen, die geistigen Hindernisse überwunden hat, die sich dem entgegenstellen können. Für die sozialistische oder etatistische Wirtschaft gilt das nicht. Sie muß sozial, kollektiv organisiert werden.“

Vor dem Hintergrund der gescheiterten Revolution und der Widersprüche des autoritären Sozialpaternalismus holte sich Gaddafi in den frühen 2000er Jahren Weltbank-Berater ins Land, die die neue Entwicklungsstrategie der Weltmarktintegration seither begleiten. Vorgesehen ist die Anziehung von ausländischem Kapital durch eine massive Privatisierungswelle und die Schaffung von

Sonderwirtschaftszonen nach chinesischem Vorbild, für die sich v.a. sein Sohn Muatassim stark macht. Ähnlich reformeifrig ist auch dessen Bruder Saif, der mit einer von David Held betreuten Arbeit über NGOs als Alternative zu wirklichen Weltordnungsveränderungen an der *London School of Economics* promovierte und wie seine Brüder durch Luxuseskapaden im westlichen Ausland die Wut der einfachen Bevölkerung auf sich zog.

Als Folge der Reformen wurden in weniger als einem Jahrzehnt über hundert Staatsunternehmen privatisiert. Zwar hat die Regierung versucht, durch Arbeiterbeteiligungen (Libyen hat seit 2007 auch wieder eine Börse) und besondere Begünstigung von Libyern bei den Privatisierungen einen „Volkskapitalismus“ (Gaddafi) zu schaffen. Profitiert haben aber eigentlich nur die „crony“-kapitalistischen Staateseliten und die ausländischen Konzerne. So befinden sich 29 der seit 2003 privatisierten Unternehmen im Bereich Öl, Tourismus und Immobilien zu 100% in ausländischem Besitz. Dabei tummeln sich in Libyen Ölkonzerne aus den USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Kanada und zahlreichen anderen westlichen Ländern. Der *Guardian* ging sogar so weit, Libyen als ein „Mekka für westliche Investoren“ (4.9.09) zu bezeichnen. Dies hängt v.a. mit dem Reformeifer des Gaddafi-Neoliberalismus zusammen. So ließ der Ex-Premierminister und heutige Geschäftsführer der Nationalen Ölgesellschaft (NOC), Shukri Ghanem, 2010 verlauten, dass bis 2020 die Hälfte der Wirtschaft privatisiert werden soll.

Die Einreihung Libyens in die Masse der exportorientierten Länder, die mit kapitalfreundlichen Investitionsbedingungen ausländisches Kapital anlocken wollen, während sie gleichzeitig alle darauf hoffen, dass andere Länder die in ihrem Land produzierten Waren kaufen, bringt schwerwiegende soziale Folgen mit sich. Die einstige Befreiung vom Marktzwang wird im Rahmen der massiven Reproletarisierung rückgängig gemacht. Der *Guardian* zitiert einen 42jährigen namens Mohammed, der sein monatliches Staatsgehalt von 500 LD (rund 285 Euro) durch Zweit- und Dritt-Jobs ergänzen muss: „Die einfachen Leute müssen spüren, dass sie von den Reformen profitieren.“ (4.9.09) Mit der Öffnung für ausländisches Kapital und dem Rückzug des Staates kehrt auch die soziale Ungleichheit ins Land zurück. Während in Tripolis in Nobelvierteln wie der Girash Road *Marks & Spencers* und andere westliche Geschäfte aufmachen und für die Masse der Bevölkerung unerschwingliche Waren zu Weltmarktpreisen feilbieten, steigen im Zuge der wachsenden Ungleichheit auch Korruption, Prostitution etc. Gleichzeitig darf die Entwicklung seit der neoliberalen Öffnung nicht als völlig einseitig verstanden werden. Denn zum einen hat sich die universelle Grundversorgung nicht verschlechtert. Im Gegenteil, Libyens Indizes im UN-HDR haben sich in den letzten Jahren sogar noch verbessert. Zum anderen ist auch der allgemeine Wohlstand deutlich angestiegen. So fiel das BIP von 6.600 US-\$ im Jahre 1990 bis 2002 auf 3.600 US-\$, dann stieg es aber bis 2008 auf

16.200 US-\$ an. Dass dies wohl in erster Linie auf das Ende der Sanktionen 2003 und den steigenden Ölpreis in den letzten Jahren (von 20 US-\$/Barrel im Jahr 2002 auf 150 US-\$ im Sommer 2008!) zurückzuführen ist, ist für die Frage nach den sozialen Ursachen der Revolution aber unerheblich, weil es sich im Alltagsbewusstsein nicht niederschlägt. Vermutlich ist es auch auf diese relative Stabilität des Herrschaftssystems zurückzuführen, dass im Gegensatz zu Ägypten und Tunesien das Militär durchaus willens ist, das System Gaddafi gegen die Aufständischen zu verteidigen (Crome 2011: 15).

Sozioökonomisch entscheidend ist trotzdem, dass die „Schockbehandlung“ im Innern die Arbeitslosigkeit massiv ansteigen lässt. „Angesichts der Ineffizienz eines kriselnden und global isolierten Industrie- und eines aufgeblasenen öffentlichen Sektors, ist die libysche Wirtschaft nicht in der Lage, die wachsende Zahl an relativ gutausgebildeten Absolventen der sekundären und tertiären Bildungsinstitutionen zu integrieren.“ (Otman/Karlberg 2007: 378) Laut der Internationalen Arbeitsorganisation (*ILO*) ist die Arbeitslosigkeit im arabischen Raum die höchste der Welt. Hier hat seit den neoliberalen Reformen ausgerechnet das wohlhabende Libyen die höchste Arbeitslosenquote (Roubini 2011). Offizielle Zahlen sind zwar nicht leicht zu finden. Die meisten Schätzungen gehen aber wie die *Tripolis Post*, die die Arbeitslosenquote von 2009 mit 20,74% angab, von einem Prozentsatz (teilweise weit) über 20% aus. Hinzu kommen die Unterbeschäftigten.

Zu diesem Bild gehört ferner ein demographischer Aspekt. Die Erfolge des libyschen „Ölsozialismus“ und fortgesetzten Öl-Marktsozialdemokratismus im Bereich Gesundheit und Bildung haben zu einem starken Bevölkerungsanstieg und einem hohen Bildungsniveau geführt. So hat sich während einer Generation, von 1975 bis 2009, die Bevölkerungszahl mehr als verdoppelt. Die Zahl der Hochschulstudierenden hat sich in weniger als 30 Jahren verzwanzigfacht. Paradoxerweise führt gerade dieser Erfolg zu neuen Widersprüchen. Denn der Bevölkerungszuwachs verringert die Verteilungsspielräume, mit denen bislang politische Zustimmung erkaufte wurde. Es ist das Zusammenspiel von hoher Arbeitslosigkeit, hohem Urbanisierungsgrad (88%), hohem Jugendanteil und gestiegenen Erwartungen durch Bildung, Auslandskontakte und neue Medien, das das revolutionäre Potential nicht nur in Libyen, sondern in weiten Teilen der Region bildet. So ist es zulässig von der Entstehung einer blockierten Jugend durch die Marktöffnung zu sprechen. Diese hat zwar noch Zugang zu den allgemeinen staatlichen Leistungen, aber zunehmend keine Perspektive mehr auf eine Anstellung im Staatsapparat, während die Beschäftigung in den ausländischen und exportorientierten Privatkonzernen nur für wenige in Frage kommt. Dies hängt auch damit zusammen, dass während der Sanktionsphase eine Wendung nach innen einsetzte, bei der die Fremdsprache Englisch nicht mehr auf dem Lehrplan stand. Schließlich fehlen der jungen Generation (in gewisser Weise analog zur letzten Phase der DDR) die

positiven Erfahrungen, die größere Teile der Älteren mit dem Gaddafi-System verbinden, weil es ihnen einst zum sozialen Aufstieg verhalf.

Jenseits breiterer Massen im strukturell seit der neoliberalen Wende vernachlässigten Osten bilden diese Bevölkerungsteile die Basis der Oppositionsbewegung. Dabei wird der Protest durch die erodierende Hegemonie des Regimes befördert, dessen Herrschaftsweise zwar schon immer auch auf einem starken Überwachungs- und Unterdrückungsapparat beruhte, aber im Zuge der Preisgabe größerer Bevölkerungsteile an die kapitalistischen Marktgesetze nun noch stärkere Züge des Zwangs annimmt. Diese zeigen sich auch im Umgang mit *al-Zahf al-Akhdar*, dem Zentralorgan des *Allgemeinen Volkskongresses*, das v.a. im Tourismusbereich gegen ausländische Konzerne wettete und moderaten Widerstand gegen das Privatisierungs- und Liberalisierungsprogramm organisierte (Prashad 2011) und hierfür zwischen 2003 und 2010 regelmäßig zensiert und aus dem Handel gezogen worden ist. Zusammen mit der klientelistischen Privatisierungspolitik verstärken diese und andere Formen der Willkürherrschaft in den Mittelschichten den Ruf nach bürgerlich-liberaler Rechtsstaatlichkeit.

Der von der WTO, um dessen Aufnahme sich Libyen seit 2004 bemüht, geforderten Privatisierung der Staatsbetriebe und Liberalisierung des Außenhandels (nebst Subventionsabbau) ist dabei eine besondere Logik immanent. Die Öffnung der Wirtschaft und die Abschaffung der Import- und Exportquoten 1987/88 bedeutet, dass die neu geschaffenen Privatunternehmen ihre Halbfertigprodukte zu i.d.R. günstigeren Preisen auf dem Weltmarkt beziehen können. Das Produktionsmonopol des Staates ist damit zerstört. Dies führt auf Seiten der staatlichen Unternehmen zu Einnahmeausfällen, die sie wiederum zu Belastungen des Staatshaushalts machen und die Rationalisierungs- und Privatisierungslogik noch anheizen. Mit der Marktöffnung ist somit ein wachsender Privatisierungsdruck verknüpft, der mit Schließungen staatlicher Betriebe und Massenentlassungen in neuprivatisierten Unternehmen Hunderttausende von Menschen in die Arbeitslosigkeit zwingt (Prashad 2011). Damit ist selbstverständlich auch die soziale Sicherheit des öffentlichen Sektors, der bis zum Vorabend der neoliberalen Reformen noch 75% aller Arbeiter beschäftigte, Geschichte. Kurzum, insofern die Erschließung des libyschen Absatz-, Rohstoff- und Arbeitsmarkts der inneren Logik der neoliberalen Reformpolitik überlassen werden konnte, bestand kein Grund, im Ölstaat Libyen einen imperialistischen *Regime Change* zu betreiben. Zudem hat sich Gaddafi durch seine Zusammenarbeit mit den USA insbesondere im „Krieg gegen den Terror“ soweit dem Westen angedient, dass ihn die Hardlinerin Condoleeza Rice sogar als Rollenmodell pries.² Dazu gehört

2 Zur hier ausgesparten politischen Wiederannäherung vgl. z.B. Mellenthin 2011.

auch die Kollaboration mit Italien zur präventiven Deportation von afrikanischen Flüchtlingen, wodurch bereits die Prüfung von Asylrechtsansprüchen auf italienischem Boden verhindert werden soll (Achcar 2011). Vor diesem Hintergrund sind die kriegskritischen Äußerungen des spanischen Ex-Präsidenten Jose Maria Aznar zu sehen, der Gaddafi als einen „extravaganten Freund des Westens“ bezeichnete (*Süddeutsche Zeitung*, 17.4.11). Die Frage bleibt also, was die wahren Gründe sind, die im Westen schließlich zur Interventionsentscheidung führten.

4. Imperialistische Interessen im Kontext der arabischen Demokratiebewegungen und der globalen Krise

Bis zur Öffnung der Archive für zukünftige Historiker lässt sich über die wahren Kriegsziele nur Vorläufiges sagen. Zudem sind sie bei den Beteiligten sicherlich unterschiedlich gewichtet und mitunter verschieden. Ausmachen lassen sich trotzdem drei gemeinsame Motive.

Kriegsziel 1: Freier Ölfluss

Die westlichen Interessen sind im Kontext der Krise und ihrer Bearbeitung zu verorten. Es muss an dieser Stelle vorausgesetzt werden, dass die zaghaften Versuche der Politik, durch einen Green New Deal (GND) die organische Krise des globalen Kapitalismus, bei der die verschiedenen Ebenen der Akkumulation, der sozialen Reproduktion, der Ökologie und der Demokratie/Legitimität ineinander greifen (Demirović u.a. 2011), zu bearbeiten, vorerst gescheitert sind – und zwar paradoxerweise an der Schwäche gesellschaftlichen Widerstands. Stattdessen wird das marode neoliberale System durch staatliche Feuerlöschaktionen zeitweilig stabilisiert. Dazu werden die Kosten der Krise und ihres Managements durch Formen sekundärer Ausbeutung auf die breite Bevölkerung abgewälzt. So werden im Rahmen der globalen Austeritätspolitik neben Gehältern und Arbeitsplätzen auch staatliche Sozialleistungen abgebaut und Rentenansprüche enteignet. Die Folge ist jedoch Stagnation, ein „global slump“ (McNally 2011), d.h. eine relative Erholung der Profitraten bei gleichzeitiger chronischer Überakkumulation und einem äußerst fragilen „jobless recovery“. Dieser ist besonders anfällig für Stabilitätsstörungen wie den GAU in Fukushima oder die arabischen Demokratiebewegungen. Das gilt insbesondere, weil die fossil-energetischen Grundlagen des Kapitalismus angesichts des im Übergang zur Austeritätspolitik gescheiterten GND unverändert bleiben. Gleichwohl wären die mit diesem Scheitern verbundenen Widersprüche und Gefahrenherde des Klimawandels und der Ressourcenkriege auch bei einem erfolgreichen GND nicht einfach vom Tisch, da

dieser komplexe Fragen nicht bloß über seinen sozialen Aspekt, sondern auch über das Wachstum selbst aufwirft (vgl. den Überblick in Schachtschneider 2009 sowie die Debatte in Luxemburg 1/2011). Vor diesem Hintergrund ist der unbehinderte Fluss günstigen Öls ein entscheidendes Kriterium für das Management des globalen Kapitalismus und seiner Widersprüche. Dabei bleiben imperialistische Rivalitäten zwischen den USA und ihren Bündnispartnern bestehen; ihre innere ökonomische Verflechtung und das gemeinsame Interesse an einem integrierten globalen Kapitalismus hat aber unter dem Dach der Systemkonkurrenz einen „asymmetrischen Ultraimperialismus“ unter der Führung der USA geschaffen, der bis heute hält (Deppe/Salomon/Solty 2011).

Es wäre ein borniertes Verständnis von Materialismus, anzunehmen, dass es beim Imperialismus um die direkte Kontrolle der Ölquellen geht. Es sind die partikularkapitalistischen Interessen der Ölwirtschaft, die ein Interesse an der Privatisierung der Ölquellen haben mögen, weil sie als Teil der Joint Ventures mit dem Staat bis heute noch 80% ihrer Profite an die staatliche Ölgesellschaft NOC abführen müssen. Die von Poulantzas (2002) theoretisierte „relative Autonomie des Staates“ zeigt sich aber gerade in der Fähigkeit des Staates, sich vor eben diesen Interessen abzuschließen. Der Erfolg dabei zeigte sich z.B. daran, dass sich die britischen und US-Ölkonzerne auch im Irakkrieg nicht durchsetzen konnten, denn die Förderrechte der teilprivatisierten Ölfelder bedienten nicht die Partikularinteressen von Halliburton und anderen mit der Bush-Administration personell verflochtenen Unternehmen, sondern v.a. ausländische Konzerne einschließlich französischer und chinesischer. Zudem stehen die Interessen der Ölkonzerne an einem hohen Ölpreis in einem Gegensatz zu den Interessen einer im übertragenen Sinne geölten Weltwirtschaft, was Kees van der Pijl (2006: 116ff.) am Beispiel der Ölkrise 1973 gezeigt hat. Zur Abwendung der Gefahr von abrupten Preissteigerungen durch Ölkartelle reicht die Teilprivatisierung, auf die die ölexportierenden Länder in Form von Joint Ventures i.d.R. ohnehin angewiesen sind. Dies gilt insbesondere für Libyen und seine in Folge des Wegbruchs sowjetischer Technologie und der Sanktionen veralteten Fördermethoden.

Die Sorgen um den freien Ölfluss wurden in der bürgerlichen Wirtschaftspresse offen diskutiert. Zwar beteuern die Regierungen in Saudi-Arabien und im besetzten Irak, der bei einer Staatsverschuldung von 76% des BIP mit seinem Öl für seine „Befreiung“ zahlt, dass sie bei Lieferengpässen mit der Ausweitung ihrer Produktion den Weltmarktpreis stabil halten werden. Zunehmend drängen sich jedoch Zweifel auf, ob sie im Kontext der gleichsam natürlichen wie politischen Knappheit des Öls (vgl. hierzu näher Harvey 2010: 83f. sowie allgemein Brand/Görg 2003: 16ff.) dazu dauerhaft fähig oder willens sein werden. Auf das kurzfristige Problem von Engpässen wies der *Economist*, das Zentralorgan einer unvergleichlich selbstbewussten angelsächsischen Bourgeoisie, schon kurz

nach Beginn der Proteste hin: „Der Ölpreis besitzt die beunruhigende Fähigkeit, die Weltwirtschaft in die Luft zu jagen, und der Funke dazu kam oft aus dem Mittleren Osten (...). Folgt auf die Protestwelle in Arabien ein neuer Ölschock? Es gibt gute Gründe, besorgt zu sein. Der Mittlere Osten und Nordafrika produzieren mehr als ein Drittel des Öls der Welt, und das Chaos in Libyen zeigt, dass eine Revolution die Ölzufuhr schnell stören kann.“ (26.2.2011: 11) Tatsächlich brach die einstige Ölproduktion Libyens von 1,7 Mio. Barrel/Tag in Folge des Bürgerkriegs zusammen; und trotz der saudi-arabischen Aufstockung sorgte die Flucht der ausländischen Vertragsarbeiter für eine Reduzierung der globalen Ölproduktion um 1%. Das klingt nach nicht viel. Während des Öl-Schocks 1973 waren es aber auch „nur“ 7,5%. Bis gut zwei Wochen vor Einrichtung der „Flugverbotszone“ stieg der Ölpreis mit entsprechend negativen Effekten auf die Börsenentwicklung dementsprechend um immerhin 15% (*Economist*, 5.3.2011). Die Rebellen, die schon bald eine eigene Zentralbank und eine Ölgesellschaft gründeten und neben der Mehrzahl der Ölquellen auch den einzigen noch funktionsfähigen Hafen unter ihre Kontrolle brachten, förderten immerhin noch 130.000 Barrel/Tag und stellten eine Erhöhung auf 300.000 in Aussicht. Nach NATO-Kriegsbeginn hat Gaddafi durch die Zerstörung von Raffinerien diesen Zufluss von Finanzressourcen an die Rebellen relativ erfolgreich unterbunden, was wiederum den Druck auf den Westen erhöht, den Krieg zu beschleunigen.

Die starken Meinungsverschiedenheiten nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der NATO-Staaten sowie die erratische Politik insbesondere der Türkei und Italiens erscheinen als ein Ausdruck der Unsicherheit darüber, auf welches Pferd in Bezug auf den reibungslosen Ölfluss zu setzen ist. Ganz unsentimental registrierte der *Economist*: „Die Ölkonzerne, die in Libyen wirtschaftlich tätig waren, konnten zurecht behaupten, dass sie damit den westlichen Konsumenten und der libyschen Bevölkerung halfen. Dabei haben sie nie so getan, als sei Herr Gaddafi ein feiner Ehrenmann.“ (5.3.2011) Das Bewusstsein der ökonomischen und politischen Eliten fasste Noam Chomsky (2011) zusammen: „Unterstützt sie, solange es geht, und wenn es so aussieht, dass das nicht mehr geht, prescht nach vorne mit Deklarationen über die Liebe zur Demokratie und dass man auf der Seite der Bevölkerung steht.“

Dabei sind die Meinungsverschiedenheiten wohl auch auf eine Vielzahl von kontingenten Faktoren zurückzuführen. Obamas und Merkel/Westerwelles zögerliche und Sarkozys kriegerische Haltung scheinen analog zum Kotau der bürgerlichen Parteien vor dem Rechtspopulismus in der Flüchtlingsfrage bis zu einem gewissen Punkt auch innenpolitisch motiviert zu sein. Die USA, die in der EU wohl spätestens seit der Eurokrise mittelfristig keinen Konkurrenten um die Welthegeemonie mehr sehen, scheinen die Libyenkrise auch als eine Gelegenheit zu begreifen, die Anforderungen der globalkapitalistischen Imperialpolitik stärker auf die Schultern der EU zu legen (*Zeit*, 21.3.2011). Dabei sorgen sich Realisten in den USA

angesichts der drohenden imperialen Überdehnung in Afghanistan und Irak v.a. vor dem *Mission Creep*, d.h. der Notwendigkeit von Bodentruppen, die woanders besser aufgehoben wären. Denn die direkte Abhängigkeit vom libyschen Öl ist unter den Europäern weit größer. So importieren die USA nur 5% des libyschen Öls, während Italien, das zusammen mit Frankreich frühzeitig den nicht legitimierten Übergangsrat als neue Regierung Libyens anerkannte, 38%, Deutschland 15%, Spanien 9% und die Türkei immerhin noch 6% des libyschen Öls importieren.

Kriegsziel 2: Kooptation der Demokratiebewegung

Neben diesem zentralen Motiv scheinen aber noch zwei weitere entscheidend zu sein. Tariq Ali (29.3.2011 im *Guardian*) und Ovenden (2011) ist in ihrer Einschätzung zuzustimmen, dass nach dem Verlust der befreundeten Regimes in Tunesien und Ägypten mit der Kooptation der Demokratiebewegung und ihrer Einhegung als rein politische Revolutionen auch dem Einflussverlust in der Region vorgebeugt werden soll. Um deren Erfolgsaussichten einschätzen zu können, muss man sich eingehender mit dem Charakter der Bewegung beschäftigen.

Sicherlich ist es falsch, aus antiimperialistischer Gesinnung die Legitimität der Oppositionsbewegung in Frage zu stellen und wie Alex Cockburn (2011) Verbindungen zwischen ihr und al-Qaida herzustellen. Der islamische und nordamerikanisch-christliche Autoritarismus wie auch der säkular-islamfeindliche Rechtspopulismus westeuropäischen Zuschnitts sind ein Ausdruck der sozialen Ohnmacht mittelalter absteigender Mittelschichten und nur zum Teil und auch erst seit jüngerer Zeit prekariert/blockierter junger Eliten. Mit Selbstermächtigungsbewegungen, die erfahrbare Gegenmacht beweisen, tun sich diese nachweislich schwer. Das lässt sich in Madison/Wisconsin genauso studieren wie in Kairo oder Tripolis. Ungeachtet der hohen Bedeutung, die der Islamismus ähnlich dem christlichen Fundamentalismus in der ökonomischen, sozialen und psychologischen Abfederung des neoliberalen Staatsumbaus spielt, mit dem er gleichzeitig eng verquickt ist (vgl. zu den USA Solty 2008), spielt der Islamismus in den Demokratiebewegungen kaum eine Rolle. Zu Recht urteilt Tahr Ben Jelloun in der *Zeit*: „Hunderttausende (...) protestierten gegen korrupte diktatorische Regime, ohne sich (...) auf den Islam oder Allah zu beziehen. Auch das beweist, dass der islamistische Diskurs (...) nicht mehr funktioniert.“ (7.4.2011) Die arabischen Demokratiebewegungen sind die beste Prophylaxe auch gegen einen innerlinken Rassismus, der keine konkrete Klassenanalyse und politische Ökonomie mehr betreibt, sondern über ganze Volksgruppen geschichtsphilosophiert und kulturell präjudiziert.

Dabei ist für den Charakter des Aufstands auch entscheidend, dass es sich um eine popular-subalterne Revolte handelt (Boyle 2011). Hierbei fällt auf, dass sie

gerade in Ländern erfolgreich sind, die sich durch ihre politisch-revolutionäre Geschichte von den Emiraten unterscheiden (Crome 2011: 12). Ob aus bürgerlich-demokratischen aber auch soziale Revolutionen werden können, ist in allen Ländern unklar und hängt von der Kooptationsfähigkeit der inneren Eliten und des Westens ab (Middle Eastern Report 258, Editorial). Dabei kann kein Zweifel daran bestehen, dass zu diesem Zweck alle Mittel zum Einsatz kommen (*Economist*, 2.4.2011: 43 u. 9.4.2011: 51).

Im Hinblick auf die Frage des Gelingens dieses Unterfangens scheinen zwei Aspekte entscheidend zu sein: (1.) die wachsende Abhängigkeit der Rebellen von der Hilfe des Westens, die selbstverständlich ihren Preis hat, und (2.) die unterentwickelten Widerstandspotentiale der subalternen Basis der Bewegung gegenüber einer Kooptation der Führung.

Die Abhängigkeit ist dabei v.a. wirtschaftlicher und militärischer Natur. *Militärisch* hat sich gezeigt, dass entgegen der scheinbar gehegten Erwartungen einer raschen Implosion des Regimes in Folge der äußeren Bedrohung dieses offensichtlich noch über eine größere soziale Basis verfügt. Erhard Crome (2011: 15 u. 19) hat daraufhingewiesen, dass der Unterschied zwischen Ägypten und Tunesien auf der einen und Libyen (und in Folge Jemen und Syrien) auf der anderen Seite darin besteht, dass das Militär willens war, auf die eigene Bevölkerung zu schießen. Dadurch wurden Hoffnungen enttäuscht, die durch die Fraktionierung des alten Regimes genährt worden waren. Obwohl der Innenminister Abdel Fatah Younis, der General Suleiman Mahmud und Justizminister Mustapha Abdel Jalil zusammen mit 6.000 im Osten stationierten Soldaten des 50.000 Mann starken Heeres zu den Rebellen überliefen, weigerten sich diese, sich den Rebellen militärisch anzuschließen und forderten stattdessen Verhandlungen. Dadurch blieb es bei den etwa 1.000 mit Ausnahme der Irakkriegsrückkehrer kriegsunerfahrenen jungen Kämpfern (*New York Times*, 23.3.2011).

Der Westen steckt damit in einer schlimmen Sackgasse, aus der wiederum die von Invasionsgegnern innerhalb und außerhalb der Eliten befürchtete *Mission Creep* logisch folgt. Zur Wiederherstellung des freien Ölflusses kann es ihm jetzt nur noch darum gehen, Gaddafi durch eine Eskalation des Krieges rasch zu beseitigen. Eine friedliche Lösung, einen Waffenstillstand oder gar Verhandlungen mit Gaddafi darf es nicht geben. Das Ziel des Regime Change wird dabei mit der Selbstherrlichkeit der Macht zunehmend offener formuliert. Erreicht werden kann dies jedoch nicht ohne die Überschreitung der UN-Resolution 1973, mit welcher der Krieg gemäß dem völkerrechtlich ohnehin fragwürdigen UN-Statut „Verantwortung zum Schutz“ von 2005 legitimiert wurde. Die zentrale Formulierung der UN-Resolution 1973 – „all necessary means“ zum „Schutz der Zivilbevölkerung“ – besitzt dabei eine solch „nützliche Elastizität“ (*Economist*, 23.4.2011, 12), dass selbst noch der vom britischen Außenminister Liam Fox Ende März in Aussicht

gestellte und am 2. Mai vom *Daily Telegraph* bestätigte Versuch, mit Gaddafi den politischen Führer eines souveränen Staates gezielt zu ermorden, von der wachsenden Kritik als „rechtlich einwandfrei“ abgeschirmt werden mag. So lassen sich die nach der Bombardierung der Gaddafi-Residenz am 30. April getöteten drei Enkelkinder und ein Sohn als Kollateralschäden verbuchen. Auch die von der Resolution ebenfalls nicht gedeckte militärische Ausbildung und Aufrüstung der Rebellen sind als Versuch zu bewerten, die Pattsituation aufzuheben und den militärischen und sozialen Vorteil Gaddafis auszugleichen. Dabei kann nicht einmal die von den Rebellen lange abgelehnte Entsendung von Bodentruppen, für die u.a. die EUFOR Libya bereitsteht, ganz ausgeschlossen werden.

Neben der militärischen ist es aber vor allem die *finanzielle* Abhängigkeit der Rebellen, die nichts Gutes im Hinblick auf eine nachhaltige soziale Revolution in Libyen, die sich gegen westliche Interessen richten würde, ahnen lässt. Der am 4. April vom *Übergangsrat* vorgelegte Haushaltsplan hat einen Umfang von 1,5 Mrd. US-\$. Die seit Februar ausstehenden Löhne im öffentlichen Sektor konnte der Übergangsrat erst zahlen, nachdem Katar mit dessen Finanzminister, Ali Tarhouni, ausgehandelt hatte, den Ölhandel der Rebellen abzuwickeln (FAZ, 30.3.2011). Die finanzielle Not der Rebellen führte den Westen dazu, auch die UN-Resolution 1970 (Einfrierung des libyschen Auslandsvermögens) deutlich zu überschreiten. So beschloss die Libyen-Gruppe Anfang Mai bar jeder Rechtsgrundlage die Weiterleitung dieser Gelder (allein 30 Mrd. US-\$ lagern in den USA, 6 Mrd. US-\$ in Deutschland) an den demokratisch nicht legitimierten Übergangsrat.

Dabei ist davon auszugehen, dass sich die Gerüchte über geheime Handels- und Investitions Garantien (Ovenden 2011; *Economist*, 2.4.2011: 43; *Business Week*, 18.4.) vor dem Hintergrund der militärischen und finanziellen Abhängigkeit bewahrheiten werden. Für solche Einflussnahme über die Volksmassen hinweg gibt es viele Anzeichen wie z.B. die völkerrechtliche Anerkennung der Rebellen durch Frankreich nach einem Treffen Sarkozys mit dem designierten Präsidenten Mahmud Dschibril. Eines der bemerkenswertesten ist aber wohl die erratische Politik Italiens, dessen Außenminister Franco Frattini im März 2011 zunächst vehement vor den Aufständischen und ihrer Bewaffnung warnte, um nach diversen politischen Manövern und der völkerrechtlichen Anerkennung des Übergangsrats am 4. April plötzlich vehement die Bewaffnung der Aufständischen (*Spiegel Online*, 13.4.2011) und die Verschärfung der NATO-Bombardierungen zu fordern. Dabei spielte wohl auch eine Rolle, dass die Ölgesellschaft der Rebellen den Öllexport von der völkerrechtlichen Anerkennung abhängig machte (*Economist*, 12.3.2011: 54). Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass sich eine zukünftige verfassungsgebende Versammlung mit unantastbaren „Neuen Konstitutionalisten“ im Sinne des Begriffs von Stephen Gill (2008: 161ff.) konfrontiert sähe, die die Souveränität und insbesondere den Umschlag einer politischen in eine soziale Revolution verunmöglichen würden.

Dass der Übergangsrat, selbst wenn er könnte, nicht geeignet sein dürfte, den westlichen Interessen die Stirn zu bieten, zeigt sich anhand seiner Zusammensetzung. Aus ihr geht hervor, dass er keine grundlegende Alternative zum Gaddafi-Neoliberalismus darstellt. Im Gegenteil, viele der heutigen Anführer nahmen unter Gaddafi politische Spitzenpositionen ein. So war der designierte Handelsminister, der junge Ali Abd-al-Aziz al-Isawi, Direktor des als „Eigentümergebietungsprogramms“ verniedlichten Privatisierungsfonds. Dschibril arbeitete lange für den Gaddafi-Sohn Saif. Selbst die FAZ bezeichnete ihn als „Neoliberalen“ (25.3.2011). Als Direktor des *National Economic Development Board* war er der entscheidende Mann der Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik. Dabei verfügen insbesondere er und Tarhouni, der bis zuletzt eine BWL-Professur an der *University of Washington School of Business* innehatte, über ausgezeichnete wirtschaftliche und politische Kontakte in die USA. So studierte Dschibril an der *American University* in Kairo und in Pittsburgh Politik und Wirtschaftswissenschaften, lehrte dann mehrere Jahre „Strategic Planning“ in den USA und setzte sich für Auslandsinvestitionen in Libyen ein. Aus den Wikileaks-Dokumenten geht hervor, dass er vom US-Handels- und Finanzministerium als ein äußerst verlässlicher Partner eingeschätzt wurde. In dem Dokument „09TRIPOLI386“ heißt es: „With a PhD in strategic planning from the University of Pittsburgh, Jibril is a serious interlocutor who ‘gets’ the U.S. perspective.“ Der *Economist* schwärmte deshalb schon vom „American-trained“ Übergangsrat (2.4.2011: 42), während er gleichzeitig einräumte, dass „etliche Rebellenführer Saif für ihre Rückkehr aus dem Exil, ihre Unternehmenslizenzen und in einigen Fällen ihre Bengasi-Villen zu Dank verpflichtet“ (16.4.2011: 53) seien.

Für viele der auslandsstudierten Rebellenführer mit gehobenem Klassenhintergrund gilt, dass sie sich im Gegensatz zu den populären Klassen in einer internationalisierten Ökonomie nicht nur bewähren können, sondern von der voranschreitenden Westintegration auch durch neue westliche Konsumgüter und gewachsenes Prestige profitieren. Dadurch zeichnet sich ein Interessensgegensatz zwischen der nicht-legitimierten Führung und der populären Basis der Demokratiebewegung ab. Anzeichen, dass sich dieser bereits artikuliert, sind auch zu beobachten. So kam es Anfang April zu größeren Protesten von Ölarbeitern, die sich zuvor den Rebellen angeschlossen hatten, gegen die Machenschaften der Übergangsregierungen. Ein Ingenieur, der Mitglieder gewerkschaftlich organisierte, klagte nach Angaben des *Economist*: „Local godfathers are trying to carve up the country as fast as foreign players.“ (9.4.2011: 51) Auch mit den Lehrern, die vor dem Hintergrund der ausstehenden Löhne das Recht auf Bildung einer Gewerkschaft forderten, gab es Konflikte (*Economist*, 12.3.2011: 55).

Die Aussicht auf eine fortgesetzte sozialrevolutionäre Verve auch gegen die westliche Vereinnahmung der selbsternannten Rebellenführung ist ebenfalls

eher dürftig. Anders als in Tunesien und Ägypten gingen den Protesten in Libyen keine (wilden) Streiks und andere Formen des Arbeitskampfes voraus. Das heißt nicht, dass sich solche Formen der Klassenformierung nicht im Windschatten eines nun fragwürdig gewordenen Rebellensiegs entwickeln könnten. Zumindest aufgeworfen werden muss jedoch die Frage nach einem etwaigen Zusammenhang zwischen den spontaneistischen Zügen der Rebellion und den verstörenden Videos und Berichten über Lynchaktionen gegen Gaddafi-Anhänger in Bengasi und Pogrome gegen unbewaffnete schwarzafrikanische Gastarbeiter, die auf Verdacht als mögliche Söldner Gaddafis gelyncht wurden (*Economist*, 7.5.2011: 55; zu den allgemeinen nationalistisch-rassistischen Tendenzen vgl. *Economist*, 26.2.2011: 26f.). Dabei ist zu erwähnen, dass diesen im Jahr 2000 schon ähnliche Pogrome durch Arbeitslose vorausgegangen sind.

Kriegsziel 3: Relegitimierung des imperialistischen Kriegs

Aus Sicht des Westens stellt der Krieg schließlich eine bemerkenswerte Option dar, der in den Kriegslügen und -verbrechen im Irak und in Afghanistan immens beschädigten Ideologie der Menschenrechtskriege zu neuem Leben zu verhelfen. Der Menschenrechtsdiskurs ist für die Legitimation des Krieges unerlässlich. Er ist insbesondere seit der Einschreibung der Neuen Sozialen Bewegungen in den Neoliberalismus ein elementarer Bestandteil einer neubegründeten Herrschaft mit einer verbreiterten Basis (Candeias 2004: 331ff.). Diesbezüglich hat Georg Diez den Krieg nicht zu Unrecht für die Linke bzw., was er dafür hält, reklamiert (*Spiegel Online*, 25.3.2011).

Gleichzeitig gehörte der Appell an die Menschenrechte schon immer zum Arsenal des Imperialismus (Achcar 2002: 9ff.; Deppe/Salomon/Solty 2011: 103ff.) und waren Terrorbekämpfung (van der Pijl 2006: 203), „Freiheit und Demokratie“ die Phrasen, mit denen die USA im Kalten Krieg sozialistische Experimente bekämpften (Amin 2004). Hatte man geglaubt, dass sich die Menschenrechtskriegsideologie angesichts des offensichtlichen Vortäuschens humanitärer Motive, der illiberalen Kriegsmethoden, des beispiellosen Elends der irakischen Bevölkerung während und seit Bombardierung/Besatzung sowie der Ausweglosigkeit des Kriegs in Afghanistan erledigt hatte, ergab sich mit dem Bürgerkrieg in Libyen plötzlich die „Gelegenheit, eine nützliche Erzählung wiederauferstehen zu lassen“ (Landau 2011): die Ideologie des gerechten Krieges, der „humanitären Intervention“. In seiner Kritik an linken Kriegsbefürwortern wie Uri Avnery (2011) oder Gilbert Achcar (2011) warnte Ovenden (2011) dabei zu Recht: „Den aktuellen humanitären Vortäuschungen Glaubwürdigkeit zu verleihen, erleichtert es [dem Westen] dieselbe Erzählung für noch mehr Iraks zu konstruieren.“ Vergessen ist dabei nicht nur, dass der Schutz von Menschenrechten

allenfalls ein Nebeneffekt einer imperialistischen Agenda, aber niemals Sinn und Zweck des Krieges ist, sondern auch, dass die „Weltinnenpolitik“ und der „Freiheitsexport“ selbst an ihren eigenen, vermeintlichen Ansprüchen scheitern (Hobsbawm 2007; Canfora 2008). Oder, wie Hobsbawm (ebd.) schreibt: „In der Geschichte gibt es sehr wenige Abkürzungen.“ Selbst der *Economist* warnte: „Solche Manöver begannen zu oft mit guten Intentionen und naiver Überzuversicht, während ölreiche Despoten ihr Militär angesichts der überlegenen westlichen Technologie bröckeln und brennen sahen. Innerhalb weniger Wochen wird aus der Prahlerei dann aber ein teurer und blutiger Morast.“ (26.3.2011: 13)

In diesem Morast müssen aber nicht die linken und liberalen Schaukelstuhlgeneräle baden, sondern in diesem Fall eine libysche Bevölkerung, die entweder ihre nationale Einheit verliert, dauerhaft besetzt (*Economist*, 23.4.2011: 12) oder gezwungen sein wird, gemeinsam in einem Land zu leben, in dem eine signifikante, aber offensichtliche Minderheit in einem Bürgerkrieg die Bombardierung des eigenen Landes von außen gefordert hat, der jetzt schon eine hohe Anzahl Zivilisten zum Opfer gefallen ist.

Niemand kann sagen, ob die kriegerische Intervention eine Bombardierung Bengasis letzten Endes verhindert hat oder nicht und ob die Drohkulisse sie nicht eher wahrscheinlicher gemacht hat. Auch in der Debatte um politische Alternativen haben beide Seiten gewichtige Pro- und Kontra-Argumente. Das äußerst brutale Vorgehen Gaddafis gegen die unbewaffnete, eigene Bevölkerung Mitte Februar, aus der sich der (auch vom *Übergangsrat* bedauerte) Bürgerkrieg ergab, ist durch nichts gerechtfertigt. Dafür wäre er nach einer geglückten Revolution vor ein libysches Gericht zu stellen. Unbedingt getrennt voneinander diskutiert werden müssen aber zwei Aspekte: Einerseits die Frage nach der „wünschenswerten“ Zukunft des souveränen Libyens, d.h., welche der beiden Parteien am Ende siegreich aus dem Bürgerkrieg hervorgehen soll; und andererseits, ob sich der Westen kriegerisch in diesen einmischen darf.

Es wurde zuvor argumentiert, dass der Westen nicht das Wohl der libyschen Bevölkerung im Auge hat. Soviel sollte aus der Geschichte der imperialistischen Heuchelei gelernt worden sein. Jegliche Leidersparnis für die Bevölkerung wäre kein Ziel, sondern ein Nebeneffekt des – in den Worten des NATO-Generalsekretärs Rasmussen – „militärisch nicht zu gewinnenden“ Krieges. Die leichtfertige Aufweichung des Interventionsverbots in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten öffnet jedem zukünftigen Imperialismus Tür und Tor. Die Tatsache, dass Außenpolitik *per definitionem* Elitenpolitik ist, hat zur Folge, dass die Linke zwar Transparenz fordern kann, in Wirklichkeit aber von der emotionalisierten Berichterstattung/Kriegspropaganda, die oft wenig bis nichts mit den realen Ereignissen zu tun hat, mitgerissen wird. Anders als die Staatsapparate des *American Empire* verfügen die am Frieden Interessierten auch nicht über riesige Dossiers zu inne-

ren Verhältnissen in den einzelnen Ländern und Schlachtpläne für sich plötzlich ergebende imperialistische Optionen. Deshalb hatte George W. Bush Recht, als er einmal in sprachlos machender Offenherzigkeit verkündete: „Wir sind jetzt ein Imperium. Und während wir handeln, schaffen wir uns unsere eigene Wirklichkeit. Und während Ihr diese Wirklichkeit noch studiert (...), handeln wir weiter, schaffen wir neue Wirklichkeiten, die ihr dann auch wieder studieren könnt (...). Wir sind die Akteure der Geschichte.“ (Zit. nach *New York Times Magazine*, 17.10.2004)

In dem permanenten Krieg des amerikanischen Imperiums zur Durchsetzung und Stabilisierung globaler kapitalistischer Sozialverhältnisse definieren die USA (und ihre Verbündeten) die Gemengelage und entscheiden dann, wann sie (wie in Guantanamo) elementare Menschenrechte verletzen, wann sie einen mutmaßlichen Massenmörder lieber umbringen als ihn gefangen zu nehmen und ihm den Prozeß machen und wann sie einen Krieg führen, deren erste Opfer jene sind, deren Menschenrechte angeblich geschützt werden sollen. Eine solche Situation, in der es lediglich der (starke) Staat selbst ist, der definiert, wann er rechtliche Grenzen respektiert und wann er sie überschreitet, markiert jedoch nichts weniger als einen Rückfall in die Barbarei. Versteht die Linke ihre Aufgabe darin, diesen aufzuhalten, sollte sie auch im Umgang mit einem Osama bin Laden oder einem Muammar al-Gaddafi die Anwendung des Rechtsstaatsprinzips *in dubio pro reo* fordern, während sie für ihre eigene Politik ein anderes Prinzip anwenden sollte: *in dubio pro jus inter gentes*.

Literatur

- Achcar, Gilbert (2002): *Der Schock der Barbarei*, Köln.
 – (2011): Libyen – eine notwendige Debatte, in: *Das Argument* 291: 186-192.
 Alafi, Abouazoum/de Bruijn, Erik J. (2009): A Change in the Libyan Economy. Towards a More Market-Oriented Economy. Vortragsmanuskript (<http://doc.utwente.nl/76014/1/Abouazoum10change.pdf>).
 Alnasseri, Sabah (2004): *Periphere Regulation*, Münster.
 Altwater, Elmar (2006): *Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen*, Münster.
 Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2005): *Globalisierung der Unsicherheit*, Münster.
 Amin, Samir (2004): *The Liberal Virus*, New York.
 Avnery, Uri (2011): Höfliche Lüge, in: *junge Welt*, 4.4.
 Boyle, Peter (2011): Gaddafi's Libya. From Nationalism to Neoliberalism (<http://www.greenleft.org.au/node/46839>).
 Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): *Postfordistische Naturverhältnisse*, Münster.
 Buchanan, Patrick J. (2004): *Where the Right Went Wrong*, New York.
 Candeias, Mario (2004): *Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie*, Hamburg.
 Canfora, Luciano (2008): *Die Freiheit exportieren. Vom Bankrott einer Ideologie*, Köln.
 Chomsky, Noam (2011): Interview auf BBC Newsnight, 8.3. (<http://news.bbc.co.uk/2/hi/programmes/newsnight/9418922.stm>).
 Cockburn, Alexander (2011): Libya rebels ([http://www.thefirstpost.co.uk/76789.news-comment,news-politics,alexander-cockburn-libya-rebels-gaddafi-could-be-right-about-al-qaeda](http://www.thefirstpost.co.uk/76789.news-comment.news-politics,alexander-cockburn-libya-rebels-gaddafi-could-be-right-about-al-qaeda)).

- Comninel, George (2010): Historischer Materialismus und die Spezifik des Kapitalismus, in: *Z. – Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 84: 104-115.
- Crome, Erhard (2011): *Revolution in Nordafrika? Der libysche Krieg des Westens. Ein Zwischenstand*, Berlin.
- Davis, Mike (2006): *Planet of Slums*, London.
- Demirović, Alex u.a. (2011): *Die Vielfachkrise*, Hamburg.
- Deppe, Frank/Schmitthenner, Horst/Urban, Hans-Jürgen (Hg.) (2008): *Notstand der Demokratie*, Hamburg.
- Deppe, Frank/Salomon, David/Solty, Ingar (2011): *Imperialismus*, Köln.
- Dörre, Klaus (2009): Die neue Landnahme, in: ders./Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (2009): *Soziologie – Kapitalismus – Kritik*, Frankfurt/M: 21-86
- Gill, Stephen (2008): *Power and Resistance in the New World Order*, London.
- Harvey, David (2005): *Der neue Imperialismus*, Hamburg.
- (2006): *Spaces of Global Capitalism*, London.
- (2010): *The Enigma of Capital and the Crises of Capitalism*, London.
- Henken, Lühr (2011): Das libysche Öl und die NATO (<http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libyen/>henken.html).
- Hirsch, Joachim (2005): *Materialistische Staatstheorie*, Hamburg.
- Hobsbawm, Eric (2007): *Globalisation, Democracy and Terrorism*, London.
- Klein, Naomi (2007): *The Shock Doctrine*, New York.
- Landau, Christopher (2011): Neo-liberalism, Libya and the Left (<http://orwellandothermatters.blogspot.com/2011/03/neo-liberalism-libya-and-left-false.html>).
- McNally, David (2011): *Global Slump*, Oakland.
- Mellenthin, Knut (2011): Bomben vom Bewährungshelfer, in: *junge Welt*, 6.5.
- Mitchell, Timothy (2010): Dreamland. The Neoliberalism of Your Desires, in: *Middle East Report* 210 (<http://www.merip.org/mer/mer210/dreamland-neoliberalism-your-desires>).
- Münkler, Herfried (2002): *Die neuen Kriege*, Berlin.
- Otman, Waniss A./Karlberg, Erling (2007): *The Libyan Economy. Economic Diversification and International Repositioning*, Berlin.
- Ovenden, Kevin (2011): The Arab Revolution Must Stay in Arab Hands. A Response to Gilbert Achcar, in: *The Bulletin*, Socialist Project E-Bulletin 483 <http://www.socialistproject.ca/bullet/483.php>
- Panitch, Leo (2003): Der 11. September und seine Nachwirkungen aus der Klassenperspektive, in: Bischoff, Joachim u.a. (Hg.) (2003): *Klassen und soziale Bewegungen*, Hamburg: 194-218.
- Panitch, Leo/Gindin, Sam (2004): *Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium*, Hamburg.
- Polanyi, Karl (2001): *The Great Transformation*, Boston.
- Poulantzas, Nicos (1975): *Klassen im Kapitalismus heute*, Hamburg.
- (2002): *Staatstheorie*, Hamburg.
- Prashad, Vijay (2011): The Libyan Labyrinth, in: *Eurasia Review* <http://www.eurasiareview.com/the-libyan-labyrinth-22022011/>
- Rodinson, Maxime (1971): *Islam und Kapitalismus*, Frankfurt/M.
- Roubini, Nouriel (2011): Young, Poor and Jobless, in: *Slate* (<http://www.slate.com/id/2287598/>).
- Schachtschneider, Ulrich (2009): Green New Deal – Sackgasse und sonst nichts? RLS-Standpunkte 17/2009, Berlin.
- Sereni, Jean-Pierre (2011): Am Anfang war der Rote Scheich. Eine kleine Geschichte des libyschen Öls, in: *Le Monde Diplomatique*, 8.4. (<http://www.monde-diplomatique.de/pm/2011/04/08/mondeText1.artikel.a0036.idx,8>).
- Solty, Ingar (2008): Neoliberalismus und Evangelikalismus in den USA, in: *PROKLA* 153: 613-634.
- Van der Pijl, Kees (2006): *Global Rivalries from the Cold War to Iraq*, London.
- Wood, Ellen Meiksins (2002): *The Origin of Capitalism*, London.
- (2003): *Empire of Capital*, London.
- Zeller, Christoph (2004): *Die globale Enteignungsökonomie*, Münster.